

Pulsnitzer Tageblatt

Postfach 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Kontokonto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Er scheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeitzeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konturfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Breinig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr) Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 188

Sonnabend, den 14. August 1926

78. Jahrgang

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Zweigstelle Pulsnitz

Wir verzinsen
Bareinlagen
zu günstigen Sätzen
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Pulsnitzer Bank
e. G. m. b. H.
Pulsnitz und Ohorn

Amtlicher Teil.

Das im Grundbuche für Dhorn, Meißner Seite, Blatt 111, auf den Namen des Fabrikarbeiters und Wirtschaftsbefizers Ernst Anton Freudenberg in Dhorn eingetragene Grundstück soll

am 15. Oktober 1926, vormittags 10 Uhr

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück, bestehend aus Hauslernaßung mit Hofraum, Garten, Wiese und Feld, ist nach dem Flurbuch 2 Hektar 9, Ar groß und auf 10 000 RM — Pfg. geschätzt. Die Gebäude tragen die Ortslistennummer 238 für Dhorn und sind zur Landesbrandversicherung mit 4620 RM eingeschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 9. Juni 1926 verlautbarten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung

des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erstellung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Amtsgericht Pulsnitz, am 12. August 1926.

Dienstag, den 17. August 1926, 11 Uhr vormittags sollen

1 großer Posten Holzschuhe
1 großer Posten Holzpantoffeln

meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden. — Sammelort der Bieter: Bahnhofs-Wirtschaft Pulsnitz.

Der Vollziehungsbeamte des Finanzamtes Ramenz.

Das Wichtigste

Die Beratungen im Reichskabinett ergaben einen günstigen Stand der Reichsfinanzen.

Reichsstaatskanzler Marx sprach Admiral Behne aus Anlaß der Vollendung seines 60. Lebensjahres telegraphisch seine herzlichsten Glückwünsche aus. Auf der Strecke Regensburg—München ereignete sich bei Langenbach ein Eisenbahnunglück, bei dem 12 Personen getötet und ungefähr 30 verletzt wurden.

Gestern Abend ist auf der Strecke Regensburg—München der doppelgleisige Bahnbetrieb wieder aufgenommen worden.

Der Reichspräsident und der Reichsstaatskanzler haben an die Gruppenverwaltung Bayern der Deutschen Reichsbahn ein Beileidstelegramm zu dem Unglück bei Langenbach gerichtet.

Deute werden in Norwegen 13 000 Arbeiter aus der Papierbranche in den Streik treten, nachdem ihnen die Arbeitgeber ihre Löhne um 25 % gekürzt haben.

In englischen Gewerkschaftskreisen herrscht über den bevorstehenden Zusammenbruch des Bergarbeiterstreiks die größte Befürchtung. Im September befristeten die englischen Gewerkschaftler einen großen Streik auf ihrer Tagung. Wie im Jahre 1921 nach dem ersten Bergarbeiterstreik wird heute eine starke Austrittsbewegung aus den Gewerkschaften erwartet.

„Daily Mail“ meldet aus Petersburg: Im Leningrader Sowjet ist am Dienstag ein revolutionärer Beschluß mit 214 gegen 108 Stimmen zur Annahme gelangt, der die Sowjetregierung auffordert, ihre Maßnahmen gegen Sinowjew zurückzunehmen und der gegen das Aufgebot von Truppen gegen die streikenden Petersburger Arbeiter protestiert. Der Beschluß ist seit Bestehen der Sowjetherrschaft in Rußland ohne Vorbild.

Die landwirtschaftliche Abteilung der amerikanischen Regierung erwartet in diesem Jahre eine Rekord-Weizenernte von rund 829 Millionen Bushels gegenüber 669 Millionen Bushels im letzten Jahre und einem Durchschnitt der letzten 5 Jahre von 802 Millionen Bushels.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Von unserem handelspolitischen Mitarbeiter.

Aus der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie. — Die chemische Industrie unter Führung des Farbentonzerns. — Die allgemeine Geschäftslage der chemischen Industrie.

Das mitteldeutsche Industriegebiet hat nach dem Kriege einen ungeahnten Aufstieg genommen. Die Inflation und die damals ständig steigenden Lieferungen an Steinkohle auf Reparationskonten haben die Frage der Braunkohlenförderung in den Vordergrund geschoben. Ein großer Teil der in Mitteldeutschland gelegenen Unternehmen haben ihre Feuerungsanlagen von Steinkohle auf Braunkohlenfeuerung umgestellt und sich dadurch von dem Bezug der an sich hochwertigeren Steinkohle aus Oberschlesien, Rheinland, Westfalen oder England unabhängig gemacht. Man hat auch vor dem Kriege die Braunkohle chemisch nicht in dem Maße ausgenutzt, wie man es jetzt zu tun pflegt.

Das mitteldeutsche Braunkohlenrevier konzentriert sich zwischen Leipzig, Magdeburg bis in die Braunschweiger Gegend (Sorbener Kohlenwerke), stellt also

Wahrscheinlich kein Defizit im Reichshaushalt

Der Reichsfinanzminister rechnet mit Ueberschüssen — Beschleunigte Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung — Rumänien rüstet! — Keine Toten bei dem Explosionsunglück bei Budapest — Reichsfinanzminister Reinhold für Vereinfachung der Finanzverwaltung — Poincaré über eine Reform des französischen Parlamentarismus
Englische Stimmen für gänzliche Räumung des Rheinlandes

Die Verhandlungen des Reichskabinetts

Im Mittelpunkt der Verhandlungen des Reichskabinetts standen Verhandlungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm und über die dafür notwendige Finanzierung von Unternehmungen für die produktive Erwerbslosenfürsorge. Nach der Anschauung der Regierung und nach den vorliegenden Ziffern hat sich die Erwerbslosenfrage in Deutschland folgendermaßen gestaltet:

Der höchste Punkt der Erwerbslosigkeit war im Februar erreicht mit 20 58 000 Vollerwerbslosen und 2 232 000 Zuschlagsberechtigten, also insgesamt 4 290 000 Unterstützungsberechtigten. Diese Ziffer ist zurückgegangen auf 3 297 000 Unterstützungsberechtigte, wovon 1 652 000 Vollerwerbslose und 1 645 000 Zuschlagsberechtigte waren, und zwar am 1. August dieses Jahres.

Diese

Besserung in der Erwerbslosenfrage

wird von der Regierung nicht nur darauf zurückgeführt, daß die wirtschaftliche Saisonarbeit eingesetzt hat. Der Grund dafür ist sicher zum Teil auch in der Steigerung der Arbeitsmöglichkeit im Westen durch den englischen Kohlenstreik und nach Ansicht der Regierung auch zum kleinen Teil durch eine allgemeine Besserung der Wirtschaftslage erreicht. Im Mittelpunkt der Sorge um die Erwerbslosenfrage stehen die Bauhandwerker, von denen noch 200 000 ständig unbeschäftigt sind, und zwar hauptsächlich, weil in diesem Jahre die Gemeinden und die Industrien ihre Bauprogramme außerordentlich stark eingeschränkt haben. Auf Grund derartiger Berechnungen hat die Regierung sich zu einer

wesentlichen Ausdehnung des Arbeitsbeschaffungsprogramms

entschlossen, zumal selbst, wenn eine weitere Steigerung der Arbeitsmöglichkeit durch eine Besserung der Wirtschaftslage zustande kommt, doch in den nächsten Jahren noch immer mit einer sehr erheblichen Ziffer von Erwerbslosen zu rechnen ist.

Die entscheidende Frage für das Reich ist nun, ob die Mittel für das Arbeitsbeschaffungsprogramm noch längere Zeit aus laufenden Einnahmen genommen wer-

den können, wie das augenblicklich geschieht, oder ob die Reichsregierung allmählich zur

Ausgabe einer inneren Anleihe

und zur Benutzung der Schatzwechsel und des Kredites schreiten muß, die ihr bei der Reichsbank zur Verfügung stehen. Die allgemeine Erwerbslosenunterstützung läßt sich nach Ansicht des Reichsfinanzministeriums, soweit die Ausgaben des Reiches in Betracht kommen, aus laufenden Mitteln bestreiten. Größere Arbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge können nur aus Anleihen befristet werden.

Der Reichsfinanzminister ist aber entschlossen, mit diesen Anleihen so lange zu warten, bis er einen geeigneten Zeitpunkt gefunden hat, der einen niedrigen Zinsfuß gestattet und der auch die Herausnahme größerer Varmittel aus der Wirtschaft ermöglicht. Dieser Zeitpunkt ist vorläufig nach Ansicht des Reichsfinanzministers noch nicht gekommen, da er weder die nach dem Reichsbankgesetz zur Verfügung stehenden Schatzwechsel bei der Reichsbank im Anspruch genommen, noch den laufenden Kredit von 100 Millionen Mark bis jetzt benutzt hat.

Das Reichskabinett hat sich, um diese Fragen vom finanziellen Standpunkt aus eingehend prüfen zu können, auch mit der

augenblicklichen Finanzlage des Reiches

und mit der Frage beschäftigt, ob der Etatvoranschlag trotz der Steuermilderungen in Einnahmen und Ausgaben eingehalten werden könne. Die Ansichten der Reichsregierung darüber sind sehr optimistisch. Während die Ziffern der Steuereinnahmen im ersten Vierteljahr ungünstig waren und um insgesamt 160 Millionen Mark hinter dem Voranschlag zurückblieben, ist mit dem Monat Juli eine wesentliche Besserung der Steuereinnahmen unzweifelhaft eingetreten, und zwar in so großem Umfange, daß gegenüber dem besonderen Voranschlag für den Monat Juli insgesamt 103 Millionen Mark Steuern mehr eingegangen sind, als vorgesehen waren.

Damit ist praktisch am 31. Juli der Etatvoranschlag um einige Millionen an Steuern von den Einnahmen übertroffen. Nach Ansicht der Reichsregierung wird dieser günstige Zustand bestehen bleiben, wenn vom Reichstag keine weiteren besonderen Ausgaben beschlossen werden und wenn

